

Deutschland.

Berlin, 13. Nov. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] haben eine nicht ganz gute Nacht gehabt, jedoch schreitet die Besserung weiter vor.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

2. Sitzung des Herrenhauses. (13. November.) 1½ Uhr. Präsident Graf Stolberg theilt dem Hause mit, daß gestern zu Schriftführern folgende 12 Herren einstimmig gewählt worden sind: 1. v. Neumann, Graf Pückler, Deune, v. Bock, Graf York v. Wartenburg, Graf v. d. Hübner, Graf Carmer, v. Gaffron, v. Gumbrow, Graf Lehndorff und v. d. Wörth.

Die fünf Abtheilungen haben sich constituirt: I. Vom Rath (Vorsitzender), Gobbin (Stellvertreter), Thene und Diege (Schriftführer). II. Graf v. Gumbrow, Baumgart, v. Thaden, v. Kelnitz. III. v. Udden, Graf zur Lippe, Dr. Zellamoff, Weder-Halberstadt. IV. Herzog von Ratibor, Graf Ruitberg, v. Neumann, v. Bock. V. Graf Solms-Baruth, Graf Eulenburg, v. d. Wörth, Graf v. d. Wörth.

Ferner haben sich constituirt: 1) Die Geschäftsordnungscommission: v. Bernuth, v. Eulenburg, v. Thaden, v. Neumann. 2) Die Petitionscommission: Dr. Sulzer, v. Bock, v. Lonsberg, Offenberg. 3) Die Finanzcommission: v. Rabe, Herzog v. Ujest, Wildens, Diege. 4) Die Justizcommission: v. Udden, v. Bernuth, Wewer, Graf Schwerin. 5) Die Commission für Handel und Gewerbe: Herzog v. Ujest, Wildens, v. Thaden, Diege.

Sodann kommt ein sehr umfangreiches, 14 Nummern enthaltendes Schreiben des Ministers des Innern, betreffend die in dem Verordnungs-Verfahren während des verfloßenen Jahres eingetretene Veränderungen zur Verlesung. Es enthält die durch Todesfall eingetretenen Vacanen, sofern ihre Ausfüllung auf Grund genügender Legitimation bereits erfolgt ist oder wegen Minderjährigkeit der Berechtigten noch nicht erfolgen konnte, die neuen Verordnungen, die Rattefundenen oder noch ausstehenden Präferenzen und Designationen; so daß die Unübersichtlichkeit der Verordnungen für Herrn Dornberg bezeichnet. Dies ganze Material wird der Material-Commission überwiesen.

Demnach werden die neu eingetretenen Mitglieder Prinz Friedrich Wilhelm von Hohenzollern-Sigmaringen und Graf Dönhof auf die Verfassung vereidigt. Der Präsident macht darauf Mitteilung von dem seit dem Schlusse der letzten Session erfolgten Tode der Mitglieder: Graf v. Rielmann-Regge, Graf zu Dohna-Laud, Freiherr v. Witz v. Eichen und Graf v. Hardenberg. Das Haus erhebt sich, um das Andenken der Verstorbenen zu ehren.

Zum Quästor des Hauses ernannt der Präsident für die Dauer der Session Herr v. Rabe.

Vom Grafen zur Lippe ist folgender Antrag eingebracht worden: Als Zusatz zu Art. 64 der Verfassung folgender Gesetzentwurf anzunehmen: „Gesetzesentwürfe, mit Ausnahme des Staatshaushalts-Etats, in Betreff derer innerhalb einer Sitzungs-Periode die Verlesung nur eines Entwurfs des Landtags stattgefunden hat, oder eine übereinstimmende Beschlußfassung beider Häuser nicht erzielt werden können, sind, falls sie nicht zurückgezogen worden, innerhalb derselben Legislatur-Periode bei dem nächsten Zusammentritt des Landtages von demjenigen Hause zur Verlesung zu ziehen, bei welchem sie anhängig geblieben sind.“

Der Antrag wird, obwohl Graf v. Gumbrow mit Rücksicht auf die Bedeutung desselben als Verfassungsänderung, seine Überweisung an eine besondere Commission befragt, der Justiz-Commission überwiesen.

Vom Justizminister ist folgender Gesetzentwurf eingebracht: § 1. Ist in einem durch die Gesetzgebung verordneten Gesetz der Zeitpunkt, mit welchem dasselbe in Kraft treten soll, nicht bestimmt, so beginnt dessen Geltungskraft in dem ganzen Umfange der Monarchie mit dem 14. Tage nach dem Ablauf desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück der Gesetzgebung in Berlin ausgegeben worden ist. § 2. Die entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

Das Gesetz geht gleichfalls an die Justiz-Commission. Es soll nunmehr die Wahl eines Mitgliedes für die Staatsschulden-Commission erfolgen; dabei stellt sich aber die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus, da nur 50 Stimmen abgegeben werden.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 13. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major v. D. von Gumbel, bisher Commandeur der 23. Infanterie-Brigade, und dem General-Major v. D. von Winkler, bisher Commandant von Königsberg, den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben im Namen des Deutschen Reiches den Wirklichen Legations-Rath Dr. von Bojanowski zum General-Consul des Deutschen Reiches für Großbritannien und Irland in London; sowie den bisherigen Consular-Agenten Rasmus Loffius in Christiania zum Vice-Consul des Deutschen Reiches ernannt.

Se. Majestät der Kaiser haben die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Straßburg i. E. vollzogenen Ernennungen: des Pfarrers Karl Friedrich Philipp Jaeger zu Langensulzbach zum Pfarrer in Weibach, Consistorium Brumath; des Pfarrers v. Baccalaureus der Theologie Gustav Adolf Firtz zu Hagenau zum Pfarrer der neuerrichteten Pfarrei Hagenau, Consistorium Bischweiler; des Pfarrers Karl Friedrich Klein zu Diemeringen zum Pfarrer in Birkenbach, Consistorium Sulz-unter-Wald; des Baccalaureus der Theologie Karl Rnauer zum Pfarrer der Gemeinde Löffelstein, Consistorium Löffelstein, und des Pfarrers Johann Bresch zu Hengweiler zum Pfarrer in Neuhof, Consistorium Sancti Wilhelm, bestätigt.

Se. Majestät der König hat dem General-Feldmarschall Grafen v. Moos auf sein Ausuchen von der Stellung als Kriegsminister entbunden, und den General-Deputanten Staats-Minister v. Kamete, zweiten Chef der Armee-Verwaltung, zum Kriegsminister ernannt.

Se. Majestät der König hat den Präsidenten der Justiz-Prüfungs-Commission, Herzog v. D. von der Thellnahme an den Geschäften des Reichshofes zur Entscheidung der Competenz-Conflicte auf seinen Wunsch entbunden und den Geheimen Ober-Justiz-Rath Droop zum Mitgliede des Staatsrathes und zugleich zum Mitgliede des genannten Gerichtshofes ernannt; dem bisherigen Stadt-Schulrath Fürbringer zu Berlin, den Charakter als Geheimen Regierungsrath; und dem Kreisgerichts-Secretair und Kreis-Director Zuhmann in Warsberg bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kreisrath verliehen.

Der königliche Eisenbahn-Baumeister Karl August Pauly zu Jülich ist zum königlichen Eisenbahn-Baumeister und Betriebs-Inspicitor ernannt und demselben die Betrieds-Inspicitorstelle bei der Dabau hieselbst verliehen worden. — Dem Landrathe v. Geldern ist, unter Entbindung von seiner bisherigen Stellung als Landrath des Kreises Studm, das Landratsamt im Kreise Saarbrücken übertragen worden.

Dem Maschinenbautechniker A. Brosowsky zu Frankfurt a. M. ist unter dem 11. November d. J. ein Patent auf eine Zerleinerungs-, Misch- und Formmaschine auf drei Jahre erteilt worden.

Berlin, 13. Novbr. [Der Bundesrath] und der Ausschuss desselben für Zoll- und Steuerwesen hielten heute Sessionen.

[Das Staatsministerium] trat heute unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten, Staats- und Finanzministers Camphausen, zu einer Sitzung zusammen.

© Berlin, 13. November. [Der Kaiser. — Aus dem Bundesrath. — Die Berichte der Handelskammern.] Im Verlaufe des Kaiser's ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Es hat sich eine allgemeine Besserung der Kräfte und eine Steigerung der Thätigkeit bemerkt gemacht. Dem Bundesrath ist der Entwurf einer Uebereinkunft zwischen Deutschland und Belgien vorgelegt worden, wonach die in dem Gebiete des einen Theils zu Recht bestehenden

Verordnungen und sonstigen commerciellen, industriellen oder finanziellen Gesetzen in dem Gebiete anderen Theiles ebenfalls als rechtsfähig angesehen werden sollen. — Ferner ist dem Bundesrath der Entwurf einer Uebereinkunft zwischen Deutschland und den Niederlanden wegen gegenseitiger Zulassung der in den Grenzgemeinden wohnhaften Aeryte, Wundärzte und Hebammen zur Ausübung der Praxis, zur Beschlußnahme vorgelegt worden. — Nachdem durch das Gesetz vom 24. Februar 1870 vorgeschrieben war, daß die Handelskammern alljährlich bis spätestens Ende Juni über die Lage und den Gang des Handels während des vorhergegangenen Jahres an den Handels-Minister zu berichten haben, ist mittelst Circular-Erlasses vom 25. Januar 1871 auf die nur den äußersten Termin feststellende Bestimmung noch besonders hingewiesen und die strenge Beobachtung derselben den Handelskammern dringend empfohlen. Die hieran geknüpften Erwartungen sind indes im Wesentlichen unerfüllt geblieben. Fortdauernd wird ein großer Theil der Jahresberichte erst in der zweiten Hälfte und selbst erst gegen Ende des Jahres abgegeben. Wenn durch solche Verzögerungen der Werth der Jahresberichte und das Interesse an denselben erheblich beeinträchtigt werden, so gilt das vorzugsweise von den gegen die laufende Verwaltung, gegen einzelne hiermit zusammenhängende Einrichtungen oder gegen bestimmte Behörden und andere Verwaltungsorgane gerichteten Beschwerden. Der Handelsminister hat daher in einem neuen Circular-Erlass dringend empfohlen, fortan eine möglichst zeitige Berichterstattung, unter allen Umständen aber die Einhaltung des gesetzlichen Termins sich besonders angelegen sein zu lassen und zunächst für den im Jahre 1874 auszugebenden Bericht die danach erforderlichen Maßnahmen alsbald einzuleiten.

— Berlin, 13. Novbr. [Die Wahlen. — Die Präsidentschaftswahl. — Die Vertheilung der Plätze. — Petitionen. — Die Freiconservativen. — Die Reichstagswahlen.] Im Laufe des heutigen Tages ist noch eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern beider Häuser des Landtages hier eingetroffen und auch der Eingang der Wahlen hat sich bedeutend vermehrt. Bis heute Mittag waren bereits die Protokolle über 225 Wahlen eingelaufen, so daß die Wahlschriften in vollem Umfang vorgenommen werden können. Bei der kurzen Zeit, welche zwischen den Abgeordnetenwahlen und dem Beginn der Session lag, war eine schnellere Verfertigung der Wahlen nicht zu ermöglichen. Inzwischen ist es wahrscheinlich, daß am Sonnabend die Präsidentschaftswahl erfolgt wird. Daß diese auf die Herren v. Bennigsen, Dr. Löwe und Dr. Friedländer fallen wird, darf jetzt als ausgemacht angesehen werden.

Das Centrum und die Polen werden bei allen Wahlen für den Abg. v. Mallinckrodt stimmen. Bei der Wahl der Schriftführer wird man, wie früher, alle Fraktionen berücksichtigen und im Großen und Ganzen die vorjährigen Schriftführer wiedewählen. — Die Frage über die Vertheilung der Plätze im Abgeordnetenhaus bildet noch immer den Gegenstand der Verhandlung, da die Mitglieder des Centrums nicht zu bewegen sind, ihre Plätze aufzugeben. Der Umstand, daß hierdurch ein großer Theil der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen genöthigt ist, auf der Rechten Platz zu nehmen, möchte allerdings zu großen Unzuträglichkeiten führen. Das Project, die Schwierigkeiten durch Verlosung der Plätze zu beseitigen, erweist sich als unausführbar. — In der Fortschrittspartei hat die Erörterung über die Petition, betreffend die Annullirung der Berliner Wahlen, noch nicht vorgenommen, weil man zunächst noch das Einvernehmen der Mitglieder aus den übrigen Provinzen (gegen 30 Abg.) erwartet. Der Abgeordnete Dr. Löwe wird in seiner Fraktion darüber referiren. — Es ist übrigens eine ganze Anzahl von Petitionen aller Art bei dem Bureau des Abgeordnetenhauses eingegangen. Das Herkommen, die Petitionen und Anträge an einem bestimmten Tage der Woche, möglichst am Mittwoch zu erledigen, wird auch in dieser Session festgehalten werden. — Es verlautete heute mit voller Bestimmtheit, daß der Entwurf über die Einführung der Strohheute in den ersten Vorlagen gehören werde, welche dem Landtage zugehen sollen und daß die Verzögerung dieser Angelegenheit lediglich in der Entankung Sr. Majestät des Kaisers ihren Grund habe. — Die mehrfach verbreitete Nachricht von einer beabsichtigten Verschmelzung der Frei-Conservativen und Neu-Conservativen zu einer Fraktion wird uns als völlig unrichtig bezeichnet. Von beiden Seiten ist hierzu keine Neigung vorhanden; insofern ist anzunehmen, daß in den meisten Fragen, in welchen überhaupt zwischen der rechten und linken Seite des Hauses erhebliche Meinungsverschiedenheiten stattfinden, die beiden Fraktionen der Rechten zusammenstimmen werden.

— Die Abtheilungen des Abgeordnetenhauses haben sich constituirt und zu Vorsitzenden gewählt: I. v. Köller, Dr. Witzow; II. Dr. Löwe, Wallisch; III. Dr. Köster, Dunder; IV. Wähler (Breslau). Hanel; V. Dr. v. Rönne, Dr. Paur; VI. Dr. Gneist, Lutz; VII. Klotz (Berlin), v. Benda. — In den verschiedenen Fraktionen beider Häuser des Landtages richtet man bereits das Augenmerk auf die Reichstagswahlen. Man verheißt sich nicht die Schwierigkeiten, welche durch die geschlossene Organisation der Ultramontanen und der übrigen reichseindlichen Parteien vorhanden sind, und es wird deshalb ein gemeinsames Vorgehen auf der ganzen liberalen Seite beabsichtigt.

[Spener'sche Zeitung, Actiengesellschaft.] Die Generalversammlung der Actionäre der Spener'schen Zeitung war eine sehr bedeutende. Die Geschäftsverhältnisse der Zeitung des Verwaltungsrathes Herr Hugo Gordan ein Bild gab, ist eine sehr trübe. Mit einem Grundcapitale von 300,000 Thlrn. erreicht, zahlte die Gesellschaft vorweg für das Verlagsrecht der Zeitung 100,000 Thlr., der Rest des Geldes wurde theils auf den Anlauf von Gebäuden, theils für Neubauten verwandt, so daß für den Betrieb nur 20,000 Thlr. verblieben. Die Gesellschaft arbeitete dauernd mit Unterbilanz, da einer verhältnismäßig geringen Abonnentenzahl sehr große Ausgaben gegenüberstehen. Die Grundstücke sind mit 67,500 Thaler bereits belastet. Die Baarmittel reichen höchstens zur Fortführung bis Ende des Jahres aus. Man hat bei der Gründung der Zeitung derart mit Contracten und Verbindlichkeiten belastet, daß ihre Lebensfähigkeit vorweg bestritten war. Beispielsweise hatte man ein Mitglied des Aufsichtsrathes als Feuilleton-Redacteur mit jährlich 2500 Thlr., einen technischen Director mit 5000 Thlr., einen Druckereibesitzer mit 1500 Thlr. Gehalt, außerdem den Chef-Redacteur Dr. Wehrenpennig auf drei Jahre, während die anderen Contracte erheblich länger liefen, engagirt. Nach Lage der Dinge wäre eine Fortführung der Zeitung durch die Gesellschaft nicht möglich. Die Kaufofferten hat der Verwaltungsrath nicht zu erledigen vermocht, da er nicht wollte, ob seine Legitimation durch die Generalversammlung verlängert werden würde. Seitern Abend sei seitens der freiconservativen Partei in ihrem Auftrage durch Herrn Reichs-Anwalt Heidenfeld eine neue Kaufofferte eingegangen. Herr Chef-Redacteur Wehrenpennig befragte den Antrag der freiconservativen Partei, „er würde

zwar von seinen Grundsätzen nicht abweichen und nicht Redacteur eines freiconservativen Blattes bleiben können, doch seien die Parteigegner nicht so verschwommen, daß er den Verkauf an die freiconservative Partei nur dringend empfehlen könne.“ Die Liquidation wird alsbald einstimmig beschlossen. Zu sehr vielen Erörterungen gab die Wahl der Liquidations-Commission Anlaß, in die schließlich die Herren Hugo Gordan, Vorsitzender des bisherigen Aufsichtsrathes, Buchdruckereibesitzer Grunert und Buchhändler Reimer gewählt wurden. (B. B. C.)

D. R. C. [Herr von Blankenburg.] In der Angelegenheit wegen der Ernennung des General-Landchaftsrath v. Blankenburg zum Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten hören wir, daß gestern hieselbst ein Schreiben des Herrn v. Blankenburg eingetroffen ist, in welchem er mit bestimmten Worten erklärt, auf die Uebnahme dieses Portefeuilles verzichten zu müssen. Wenngleich, wie es heißt, die Verhandlungen mit Herrn v. Blankenburg nicht abgebrochen sind, so glauben wir dennoch, daß von einer weiteren Candidatur dieses Herrn für diesen Posten nunmehr nicht mehr die Rede sein kann. Herr v. Blankenburg hat während der langen Jahre seiner öffentlichen Thätigkeit zur Genüge bewiesen, daß er ein Mann von Charakterfestigkeit ist, der einen solchen Schritt, bevor er ihn thut, auch nach allen Seiten sorgfältig überlegt und man kann deshalb auch wohl annehmen, daß er nun bei einer einmal abgegebenen Erklärung auch verharren werde. Wer nun an seiner Stelle von den vielen Namen, die zu dieser Candidatur genannt werden, in den Vordergrund tritt, läßt sich wohl jetzt noch nicht mit Bestimmtheit angeben, wir glauben jedoch, daß Präsident Schellwitz vorläufig die meisten Chancen hat.

D. R. C. [Auf dem Bureau des Abgeordnetenhauses] hatten sich bis heute Mittag 347 Abgeordnete als anwesend angemeldet. Die Abtheilungen beschäftigten sich heut Mittag mit Wahlprüfungen und erledigten zunächst alle solche Wahlen, welche ohne Weiteres genehmigt werden konnten, um so bald als möglich so viel Wahlen richtig zu stellen, daß das Haus für beschlußfähig erklärt werden und seine Präsidentschaft resp. Constatirung vornehmen kann. Sobald dies erfolgt ist, wird die Staatsregierung sofort mit Vorlagen vor das Haus treten. Wir hören, sind deren sechs vom Könige vollzogen worden. Wir bemerken, daß die Geleise über die Strohheute und über die Aufhebung der Kalender- und Zeitungs-Stempelsteuer sich nicht unter diesen Vorlagen befinden. In unterrichteten Kreisen stoßen die hierauf bezüglichen Mittheilungen, welche kürzlich durch die Presse gingen, in Betreff ihrer Richtigkeit, auf nicht unerhebliche Zweifel.

[Der Criminal-Senat des Kammergerichts] verhandelte am Montag eine im Princip höchst wichtige Sache wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes, eine sogenannte cause célèbre der Nieder-schleisch-Markischen Eisenbahn, auf der in neuerer Zeit sehr viele Unfälle vorgekommen sind. Die Tribunale waren gedrängt voll, meist von Lokomotivführern und Weichenstellern. Den Vorsitz führte der Vice-Präsident v. Mähler, die Oberstaatsanwaltschaft wird durch den Staatsanwalt Feig vertreten, an der Barre stand der Rechtsanwalt Holtzoff und der in der Eisenbahnmaterie ausgezeichnete Rechtsanwalt Levin. — Die Angeklagten sind die Locomotivführer Schönfeldt und der Weichensteller Hünge. Sie sind angeklagt am 21. September 1872, zu Berlin als zur Leitung der Eisenbahnfahrten und zur Aufsicht über die Bahn und den Beförderungsbetrieb angestellte Personen, durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten einen Transport in Gefahr gesetzt zu haben. An dem gedachten Tage hatte nämlich der Angeklagte Schönfeldt den Abends am 11 Uhr 19 Minuten gehenden Güterzug nach Breslau zu fahren. Durch eine falsche Weichenstellung gerieth er auf das Hauptgeleise, wo in demselben Moment der Courierzug herangefahren kam, da es zum halten zu spät war, so wurde die Maschine des Angeklagten Schönfeldt von der Courierzugmaschine erfasst und fortgeschleudert, so daß sie quer vor letzterer zu liegen kam, und die drei ersten Wagen des Courierzuges entgleisten. Der hierdurch an den Wagen herbeigeführte Schaden betrug ca. 1500 Thaler. Von den Fahrgästen haben einige geringe Verletzungen erlitten. In diesem Unfall sollen die Angeklagten Schönfeldt und Hünge schuld sein, Ersterer dadurch, daß er nicht die Signallaterne beobachtet hat, daß er nicht die Weiche umstellen ließ, die ihn nicht auf das Hauptgeleise führte, und daß er nicht die Maschine sofort zum Stehen gebracht hat. Durch Vernachlässigung dieser Vorschriften soll der Unfall gegen die bei der Nieder-schleisch-Markischen Bahn maßgebende Instruction für Locomotivführer und Heizer vom 27. Juli 1871 und insbesondere gegen den § 31 derselben gefehlt haben. Hünge soll nicht zur instructionsmäßigen Zeit vor Abgang des Courierzuges aus seiner Ruhe gekommen sein, so daß er nicht an den Weichenbock gelangen konnte, der durch veränderte Stellung der Weiche der Maschine des Angeklagten Schönfeldt eine andere Richtung geben mußte. — Die durch Vernehmung zahlreicher Sachverständiger und Zeugen stattgefundene Vernehmungsausschüsse in 1. Instanz war den beiden Angeklagten sehr günstig, indem dadurch festgestellt wurde, daß die Signallaterne schon seit mehreren Tagen zerbrochen war, und der Angeklagte Schönfeldt dadurch eher getäuscht wurde, und daß dadurch die nachher eingetretenen Inconvenienzen herangeführt seien. — In Betreff des Angeklagten Hünge stellt sich heraus, daß er nicht vor Ankunft des Courierzuges, selbst wenn er auch zur gehörigen Zeit aus seiner Ruhe war, an den Weichenbock gelangen konnte. Das hiesige Stadtgericht sprach deshalb über die Angeklagten das Nichtschuldig aus. Ungeachtet dessen appellirte aber der Staatsanwalt und es war ein großer Beweisapparat von Ver- und Entlastungszeugen in zweiter Instanz vorgebracht; durch denselben stellte sich ziemlich elatant heraus, daß die Verwaltung, namentlich die Oberbeamten derselben, an dem Unfall schuld seien. Dies sprach sich in den Auslagen der vernommenen Locomotivführer aus; unzweideutige aus. Die Oberstaatsanwaltschaft beantragte aber doch gegen den Schönfeldt nach § 316 des Strafgesetzbuchs eine dreimonatliche Gefängnißstrafe und gegen den Hünge Befestigung des ersten Erkenntnisses. — Das Kammergericht aber bestätigte aus den Gründen des Vorberichtes, die nur durch die in zweiter Instanz vorgenommene Vernehmungsausschüsse noch verstärkt worden waren, das erste Erkenntnis. Ein Provo erhob von der dichtgedrängten Tribüne.

[Der Adresse des Herzogs von Ratibor] haben ferner sehr viele Bürger aus Köln, an der Spitze der Oberbürgermeister Bachem, aus Siegburg und Lorch zugestimmt.

D. R. C. [In Abgeordnetenkreisen] ist auch bereits die Frage aufgeworfen worden, ob es sich empfehle, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten. Wie wir hören, werden die Fraktionen derselben jedoch erst dann näher treten, wenn die Frage über das Präsidium erledigt ist.

Posen, 13. Novbr. [Der Erzbischof Graf Ledochowski] hat, wie die „Gazette de Liège“ meldet, an den Präsidenten des päpstlichen Comites in Belgien geschrieben, um ihm mitzutheilen, daß er die Gassefreundschaft, welche ihm von den belgischen Katholiken angeboten worden, dankend annimmt. (Vsb. Z.)

Braunschweig, 8. Novbr. [Die Adresse] der Mitglieder unserer Landesversammlung an den deutschen Kaiser scheint in den hiesigen hohen Kreisen unangenehm berührt zu haben. Die officiellen „Braunschw. Nachrichten“ suchen die Bedeutung dieses Schrittes herabzumindern, indem sie behaupten, daß die Adresse nur einer Privat-Besprechung der Abgeordneten ihren Ursprung verdanke. Die „Br.

Nach." Heben namentlich hervor, daß es für die Landesversammlung als solche, nicht wohl zulässig erschienen, an den Regenten eines anderen Staates (der Brief an den Papst ist nicht vom deutschen Kaiser, sondern vom König von Preußen in Bezug auf preussische Staats-Akte geschrieben) eine Adresse zu richten."

Köln, 12. November. [Prozeß Melcher & Co.] Es wurde bereits an dieser Stelle mitgeteilt, daß der Erzbischof Paulus Melcher und der Weihbischof Baudry wegen des im „Kirchlichen Anzeiger“ der Erzbischöfe Köln enthaltenen erzbischöflichen Erlasses, betreffend die Excommunication mehrerer altkatholischen Geistlichen auf heute vor die correctionelle Kammer des hiesigen Landgerichts geladen seien; der Erstere als Verfasser, der Zweite wegen Aufnahme des incriminirten Artikels in das erwähnte Blatt; durch letzteren sind nach Annahme des Strafantrages die vier altkatholischen Priester an ihrer bürgerlichen Ehre geschädigt und die altkatholische Gemeinde zu Köln und Bonn verleumdend beleidigt worden. Die beiden Beschuldigten waren bei der heute vor einem großen Auditorium stattgehabten Verhandlung in Person erschienen. Der Herr Erzbischof erklärte, daß er deshalb anwesend sei, um Zeugnis abzulegen, daß er die richterliche Gewalt des Staates anerkenne und die Gesetze achte. Was die Sache selbst anbelange, so habe er nicht die Absicht gehabt, Jemanden durch den Erlass zu beleidigen. Er habe nur eine schmerzliche Pflicht erfüllt, indem er die Mittheilung gemacht, daß sich die Betreffenden von der katholischen Kirche getrennt hätten, die gebrauchten Ausdrücke seien durchaus nicht persönlich, sondern rein objectiv. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß es schlecht zusammenstimme, wenn der Herr Erzbischof hier erkläre, er betone seine Achtung vor den Gesetzen, und in anderen Fällen den Gehorsam verweigere; dem Verteidiger der Beschuldigten, welcher besonders das Kirchenrecht anging, entgegnete der Herr Staatsprocurator, daß das canonische Recht im Gerichtsalle nicht gelte, sondern das bürgerliche. Sein Strafantrag ging, da beide Beschuldigte erstens gegen das Strafgesetz und zweitens gegen die kirchenpolitischen Gesetze verstoßen, bei dem Herrn Erzbischof auf drei Monate Gefängnis und auf 400 Thlr. Geldbuße, eventuell auf sechs Monate Gefängnis, bei dem Herrn Weihbischof auf einen Monat Gefängnis und auf 200 Thlr. Geldbuße, beziehungsweise auf sechs Wochen Gefängnis. Das Urtheil wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Außer dieser Sache kam auch wieder ein Fall zur Verhandlung, wo der Erzbischof einen Priester eingekerkert hatte, ohne dem Ober-Präsidenten der Rheinprovinz vorher die Anzeige davon zu machen. Das öffentliche Ministerium trug auf 500 Thlr. Geldbuße, im Nichtzahlungsfalle vier Monate Gefängnis auf. Das Urtheil lautete auf 200 Thlr., event. zwei Monate Gefängnis. (R. Z.)

Kassel, 10. November. [Der letzte heilige Justizminister.] Am vergangenen Sonnabend ist zu Marburg ein Mann gestorben, der auf die letzte Seite unserer nimmermündigen Kurstaaten einen bedeutenden Einfluß geübt hat. Der letzte heilige Justizminister, der im entscheidungsreichen Jahre 1866 auch mit der Vorherrschaft des Ministeriums des kaiserlichen Hauses und der äußeren Angelegenheiten betraut war, Conrad Abbe, ist nämlich am 8. d. M. dort verstorben. Derselbe war, wenn wir nicht irren, der Sohn eines Pfarrers und schon als Schreiber bei einem Amtsgericht eingetreten, als er sich entschloß, mit Unterstützung eines Accurs in Hofheim bei der Universität Marburg zu beziehen und Jura zu studieren. Nachdem er mit eifrigem Fleiße die bisher dürftigen humanistischen Studien nachgeholt und seine Examina bestanden hatte, kam er rasch als Secrerär in das Justizministerium. Nicht sowohl seine juristische Schärfe als seine administrative Gewandtheit und seine religiöse und politische Richtung brachten ihn schnell empor, so daß er schon vor 1848 Generalsecretär im Staatsministerium nach vorübergehender Rast im kaiserlichen Cabinet wurde. Denn Abbe schloß sich aufs Engste an die absolutistischen und doch kirchlichen Ansichten an, welche sein Freund der jetzt suspendirte Metropolitane Bischof in Marburg hegte. Das Jahr 1848 vertrieb ihn nämlich aus seiner einflußreichen Stellung in der Nähe des Kaisers, der ihm wegen seiner nachgiebigen Formen und wegen seines angenehmen äußeren persönlich gewogen war. Er wurde nach Aachen als Obergerichtsath befehligt, später aber, nachdem sein Einfluß wieder zurückgekehrt war, zum Präsidenten des Oberappellationsgerichts ernannt. Von diesem seinem Präsidialamt ging er aber auf die Ministerialbank über und ist seit 1850 immer in den einflußreichen höchsten Aemtern geblieben. Bald war er, noch als Präsident des Oberappellationsgerichts, mit der Führung der kurfürstlichen Stimme am Bundstage beauftragt, bald war er Minister des Inneren, obwohl er auch gar nichts von einem Diplomaten an sich hatte. Schließlich beriefte er die Ministerien des Inneren und der Justiz in seiner Person. War er während des heiligen Verfassungskampfes der Hauptverfechter der kaiserlichen Politik gewesen, so folgte er 1866 auch den politischen Anschauungen seines Oberrats, der ihn dann sammt seinen Kollegen bei der letzten Ausdehnung, die er ihm vor seiner Wegführung nach Sieben gewährte, dafür mit den ehrenrührigen Prädicaten beehrte. Als Abbe entginge, er glaube eine solche Beerdigung, nicht um seine königliche Hofstadt verdient zu haben, folgte ein neuer Zug des allerhöchsten Königs, der nicht wiederzugeben ist. Nichtsdestoweniger blieb Abbe in seiner Stellung dem angestammten Herrscher, der ihn so hoch gehalten hatte, treu; und war eine Hauptstütze der altkatholischen particularistischen Partei. So stand er auch entschieden auf Seiten der renitenten niederbayerischen Pastoren. Abbe, nur ein Epigone Hoffmüllers und Wilmar's, war in geistiger Beziehung denselben nicht im Entferntesten gewachsen, aber auch von den Fehlern frei, welche diese Männer für ihr engeres Vaterland zu so verhängnisvollen Persönlichkeiten haben werden lassen. Persönliche Feinde wird Abbe nicht viele in Sieben zurücklassen. Durch sein Gewährenlassen trägt er jedoch einen großen Theil der Schuld an dem Untergange des Kurstaates. (W. Z.)

Kassel, 12. Novbr. [Incompetenzerklärung.] Der „Neue Kasseler Anzeiger“ meldet, das Appellationsgericht habe sich zur Führung einer Disciplinar-Untersuchung wegen Unterzeichnung des Auftrags für die renitenten Wilmarianer für incompetent erklärt. (Fr. Z.)

Koburg, 11. Novbr. [Partikularistische Demonstration.] Der Herzog von Coburg hat während seines mehrtägigen Aufenthalts hieselbst zu verschiedenen Malen versichert, daß er später auf einige Zeit einige Jahre in Koburg-Gotha zu residiren gedenke. Es sollen auch bereits Anordnungen getroffen sein, um eins der herzoglichen Schlösser für das junge Ehepaar in Stand zu setzen. Allgemein aufgefalle ist, daß Prinz Alfred seiner Schwester, der Kronprinzessin, keinen Besuch abgestattet hat, namentlich da die beiden Geschwister sich seit längerer Zeit nicht gesehen haben. Der Herzog von Coburg war bekanntlich mehrere Jahre auf einer Reise um die Welt von Europa abwesend und kehrte erst im vorigen Winter nach London zurück. Man erblickt in diesem absichtlichen Fernbleiben des Prinzen Alfred, welcher voraussichtlich einst dem Herzog Ernst von Koburg-Gotha succediren wird, eine partikularistische Demonstration. Bekanntlich konnte sich der Herzog von jeher mit der Entwicklung der deutschen Dinge nicht befreunden, und findet er an dem englischen Hofe in dem Herzog von Cambridge, dem nächsten Verwandten des ehemaligen Königs von Hannover, einen eifrigen Gesinnungsgenossen.

Aus dem Sächsischen Erzgebirge, 11. Novbr. [Die Regierung und die Ultramontanen.] Alle Erklärungen des „Dresdener Journals“ bezüglich der Haltung des Kultusministeriums gegen die ultramontanen Umtriebe unserer Jesuitenpartei laufen lebhaft darauf hinaus, daß der Minister zu einem Einschreiten nicht verpflichtet gewesen ist. Die Thatsache, daß der frühere Kultusminister, der spätere Hausminister Johann's, Freiherr v. Falkenstein, dem Bischof die Verlesung des Fuldener Hirtenbriefes gestattet, spricht deutlich genug dafür, wie wenig Ernst die frühere Regierung gegen das Unselbständigkeitsdogma angelämpft, und fast wie eitle Phraserei muß es hienach erscheinen, wenn das „Dresdener Journal“ mit größter Selbstzufriedenheit darauf aufmerksam macht, daß die Sächsische Regierung die einzige ist, welche das Placet verweigert. Das „Dresdener Journal“ verzagt aber ganz und gar hinzuzufügen, daß mit der Verweigerung des Placet zwar die Hofthüre verschlossen wurde, durch die Falkenstein'sche Verordnung aber die Hinterthür desto bereitwilliger geöffnet war. Das „Dresdener Journal“ hat sicherlich gesündigt gegen die Akte des „katholischen Kirchenblatts“ geschwiegen; das Bedauern, das es jetzt erst gegen das Gebahren der hochpreisigen Pöthol und Conforten äußert, verliert jedwede Bedeutung, nachdem die Regierung durch die Ludwigsche Interpellation gewissermaßen zu einer Meinungsäußerung moralisch gezwungen worden ist. Daß Ludwig's Antrag in Regierungskreisen

nicht „angenehm“ berührt hat, ist hinlänglich bekannt. Wenn das „Dresdener Journal“ von persönlichen Angriffen gegen den Bischof spricht, so will es damit nur den Interpellanten anklagen, der lediglich dem Unwillen der protestantischen Bevölkerung bereiten Ausdruck gegeben hat. Es ist kein Geheimniß, daß der katholische Klerus in Dresden Regierungskreisen außerordentlicher Zuversichtlichkeit sich zu erfreuen hat. (M. Z.)

Darmstadt, 11. November. [Unser vielbesprochenes Schulgesetz] hätte, nachdem es in ganz verstellter Gestalt von der ersten Kammer zurückkam, beinahe noch eine Differenz zwischen der Regierung und der zweiten Kammer hervorgerufen. Die Regierung hatte in ihrem Entwurf vorgeschlagen, die Angehörigen religiöser Orden aus den öffentlichen Schulen auszuschließen, und die zweite Kammer hatte diesen Vorschlag dahin ergänzt, daß diese Ordensangehörigen auch von Privatschulen ausgeschlossen werden sollen. Man hob dabei hervor, daß, wenn die Thätigkeit dieser Personen in öffentlichen, staatlich überwachten Anstalten schädlich sei, dies um so mehr in den Privatschulen der Fall sein müsse. Die erste Kammer verwarf diesen Zusatz, und die Regierung erklärte gleichfalls denselben nicht acceptiren zu können. Ein Nachgeben von Seiten der überwiegenden Mehrheit der zweiten Kammer war aber schon um deshalb nicht zu erwarten, weil man durch unbedingte Zulassung des Ordensmitglieds jeder zur Erhaltung der Privatschulen den Bestimmungen des zu erlassenden Schulgesetzes über die Zulassung von Orden überhaupt nicht zuadjungiren wollte. Nach vielfachen Verhandlungen kam dann endlich ein Compromiß zwischen Regierung und Kammermehrheit dahin zu Stande, daß das Verbot der Erwerbsthätigkeit der Orden auch auf Privatschulen ausgedehnt, die Regierung aber bis zum Erlaß eines künftigen Gesetzes für einzelne Fälle in widerständlicher Form Dispensationsbefugniß ertheilt werden solle. Ein hienach gerichteter Antrag wurde auch gestern in der Kammer eingebracht und mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur unsere drei Ultramontanen, zwei Demokraten und einmalcontenter Geheimrath. Schließlich wurde das gesammte Schulgesetz gegen die drei ultramontanen Stimmen angenommen. Zwischen Regierung und zweiter Kammer liegt nunmehr ein nach allen Richtungen vereinbarter Entwurf vor, auf welchen hin, wenn die erste Kammer in ihrem Widerstand beharrt, die Durchföhrung der Stimmen beider Kammern demnächst vorgenommen werden kann. (Sp. Z.)

Darmstadt, 11. November. [Die Finanzen des Großherzogthums] befinden sich trotz der großen Anforderungen, welche neuerdings an die Steuerzahler gestellt worden, in erfreulicher Entwicklung. Namentlich zeigt sich dies bei der Verminderung der Staatsschuld. Im Juli 1869 betrug die Gesamtsumme noch 17,332,000 fl., im gleichen Monat 1873 stellte sich dieselbe, nach vorläufiger Ermittlung, auf 12,505,000 fl.; es hat mithin, begünstigt durch die französische Kriegsschuld, eine Verminderung um 4,827,000 fl. stattgefunden können. Die eigentliche Staatsschuld ist innerhalb dieser 4 Jahre, bei einem Bestand von 2,529,000 fl., im Juli 1869 nicht nur vollständig getilgt, sondern darüber hinaus ein Actiostand von 1,885,500 fl. erzielt worden. In der gleichen Periode ging die Eisenbahnschuld von 11,863,000 fl. auf 9,837,000 fl., die Provinzialstraßenanleihe von 2,113,900 fl. auf 1,491,000 fl. herab. Dabei besitzt die Eisenbahnverwaltung ein Guthaben von 412,000 fl., so daß sich dieser im Uebrigen sehr productiver Schuldenstand eigentlich nur auf 9,425,000 fl. beläuft.

München, 10. Nov. [Verwendung der Kriegsgeldentwässerung.] Dem Landtage wird demnächst auch ein Gesetzentwurf bezüglich der Verwendung des Antheils Bayerns an der französischen Kriegsschuld vorgelegt werden. Aus dieser Entschädigung sind abstrahirt das 5procentige Militär-Anleihen von 1870 und die Militär-Anleihen vom Jahre 1855 und 1859 zu 4% pSt., sowie das Annuitäten-Anleihen der Hypothek- und Wechselbank zu 4% pSt. bereits vollständig zurückgezahlt worden.

München, 12. November. [Verweigerte Audienz.] Wie der „Bos. Ztg.“ durch Privattelegramm mitgeteilt wird, hat das Präsidium der Abgeordnetenkammer eine Audienz beim Könige nachgesucht und ist dieselbe nicht gewährt worden. Danach scheint es, als ob der Uebergang des Präsidiums von den Partikular-Clerken zu den Liberalen bei Hofe unangenehm berührt hat.

Schweden.

Bern, 8. Novbr. [Zu der Bundesrevisions-Verathung im Nationalrathe] rief, nach Annahme des neuen Artikels 22 betreffend Wasserbau und Forstpolitik im Hochgebirge, der ebenfalls von Bundesrat und der Commission beantragte neue Artikel 23 eine längere Debatte hervor. Der Artikel lautet: „Der Bund ist befugt, gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der für die Land- und Forstwirtschaft nützlichen Wälder, sowie über die Ausübung der Fischerei und Jagd namentlich zur Erhaltung des Hochwildes zu treffen.“ Dieser Artikel ist besonders deswegen auf Opposition, weil bezüglich der eidgenössischen Vorschriften in den Cantonen keine Ausführung finden würden und man doch keine eidgenössische Polizei zu diesem Zwecke errichten wollte; schließlich wurde er aber doch mit 60 gegen nur 22 Stimmen angenommen. „Art. 24. Die Gesetzgebung über den Bau und Betrieb des Eisenbahnen ist Bundes Sache“, ebenfalls neu, fand ohne Discussion Annahme. Jetzt war die Verathung an dem hochwichtigen Artikel 25, dem sogenannten Schulartikel, angelangt, für welchen der Bundesrat folgende Fassung vorschlug: „Der Bund ist befugt, eine Universitäts-, eine polytechnische Schule und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten. Die Cantone sorgen für den Primär-Unterricht. Derselbe ist obligatorisch und unentgeltlich“, während die Reaction der Commission weitergeht, indem sie dem ersten Satze beifügt: „oder solche Anstalten zu unterstützen“, und zum zweiten Satze noch die Bestimmung aufgenommen wissen will: „Der Primär-Unterricht darf Personen, welche einem geistlichen Orden angehören, nicht übertragen werden. Der Bund ist befugt, über das Minimum der Anforderungen an der Primärschule Vorschriften zu erlassen.“ Bis zur Stunde dauert die Debatte an und wird jedenfalls die nächste Montagsitzung noch in Anspruch nehmen.

[Die Verfassungsartikel über das Militärwesen] 18, 19 und 20 a, b, und c, wie sie aus den Verathungen im Nationalrathe hervorgegangen sind, lauten nun, allfällige unwesentliche Redactionsänderungen vorbehalten, also:

Artikel 18. Jeder Schweizer ist wehrfähig. Wehrmänner, welche in Folge des eidgenössischen Militärdienstes ihr Leben verlieren oder dauernden Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, haben für sich oder ihre Familien Anspruch auf Unterstützung des Bundes. Die Wehrmänner sollen ihre erste Ausbildung, Verrichtung und Bewaffnung unentgeltlich erhalten. Die Waffe bleibt in der Hand des Mannes. Der Bund kann über den Militärdienst, erlangt einheitliche Bestimmungen aufstellen. Artikel 19. Das Bundesheer besteht aus den Truppenteilen der Cantone, sowie aus den militärischen Schutzeinheiten, welche diesen Kantonen nicht angehören. Die Verfassung über dasselbe mit Inbegriff des geistlich dazu gehörigen Kriegsmaterials steht der Eidgenossenschaft zu. In Zeiten der Gefahr hat der Bund das ausschließliche und unmittelbare Verfügungsrecht auch über die nicht in das Bundesheer eingetheilte Mannschaft und alle übrigen Streitmittel der Cantone. Die Cantone verfügen über die wehrfähige Mannschaft, insoweit als sie nicht durch Verfassungsmäßige oder gesetzliche Anordnungen des Bundes beschränkt sind. Artikel 20. Die Gesetzgebung über das Heerwesen ist Sache des Bundes. Die Ausführung der bezüglich des Heeres in den Can-

tonen geschieht innerhalb der durch die Bundesgesetzgebung festzusetzenden Grenzen und unter Aufsicht des Bundes durch die cantonalen Behörden. Der gesammte Militärunterricht und ebenso die Bewaffnung ist Sache des Bundes. Die Beschaffung der Bekleidung und Ausrüstung ist Sache des für deren Unterhalt in Sache der Cantone. Die dahingehenden Kosten werden jedoch den Cantonen vom Bunde nach einer von ihm aufzustellenden Norm vergütet. Artikel 20b. Soweit nicht militärische Gründe entgegenstehen, sollen die Truppenteile aus der Mannschaft derselben Cantons gebildet werden. Die Zusammenführung dieser Truppenteile und die Fürsorge für die Erhaltung ihres Bestandes ist, unter Beachtung der durch den Bund aufzustellenden allgemeinen Vorschriften, Sache der Cantone. Die Erziehung und Beförderung der Officiere geschieht auf die von der Bundesbehörde hierfür aufzustellenden Fähigkeitszeugnisse durch die Cantone. Artikel 20c. Der Bund hat das Recht, die in den Cantonen vorhandenen Waffensätze und die zu militärischen Zwecken bestimmten Gebäude sammt Zubehör gegen billige Entschädigung zur Benutzung oder als Eigentum zu übernehmen. Die Normen für die dahingehende Entschädigung werden durch die Bundesgesetzgebung geregelt.

Bern, 9. Novbr. [Ueber die Vorgänge in Pruntrut] wo vorgestern Morgen 7 Uhr in der Kirche St. Pierre von dem abgewählten Pfarrer Hornstein, einem der fanatischsten Geistlichen des Jura, zum letzten Male Messe gelesen worden ist und wo heute der neue Pfarrer Deramey von den zu diesem Zweck an Ort und Stelle abgeordneten Regierungstruppen Bodenheimer und Frossard eingekerkert worden ist, hat man — so schreibt man von hier der „A. Z.“ — bis jetzt noch nicht viel Näheres gehört. Vorsorglich wurden von vorgestern früh 8 Uhr die Kirchenthüren von Gendarmen besetzt, während den ganzen Morgen Haufen von Kindern lärmend und schreiend durch die Straßen zogen. Der seitberige Kirchenrath wurde abgesetzt und an seine Stelle ein neuer gewählt, und dem ersten wurde Verhaftung angedroht, wenn er die Kirchenschlüssel nicht ausliefern würde. Schließlich wurde die Kirche St. Pierre durch den Schloffer geöffnet, die Verwaltung des seitberigen Kirchenraths angeordnet und endlich ein halbes Bataillon Truppen aufgebogen und größtentheils bei den als ultramontan bekannten Bürgern in Quartier gelegt. Dies sind die Vorgänge des vorgestrigen Tages; gestern scheint schon wieder mehr Ruhe eingetreten zu sein. Immerhin sieht man dem Verlauf des heutigen Tages mit einiger Spannung entgegen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 10. November. [Eine römisch-katholische Universität für England.] Der Entschluß des Erzbischofs Manning und seiner zwölf Weihbischöfe, mit so wenig Verzug als möglich eine römisch-katholische Universität für England zu gründen, ist, wie in wohlunterrichteten Kreisen die Rede geht, den directen und wiederholten Vorstellungen des unfehlbaren Pontifex selber zuzuschreiben. Es scheint, daß seit mehreren Jahren den Papst Klagen von dem römisch-katholischen Adel und den besseren Ständen Englands erreichten, daß ihre Söhne der Vortheile einer Universitätsbildung gänzlich beraubt seien, insofern, als sie durch päpstliche Decrete von den alten Eihen der Gelehrsamkeit in Oxford und Cambridge ausgeschlossen seien, während eine Universität gegründet worden sei, zu welcher das römisch-katholische Patenthum seine Zuflucht ohne Gefahr für seinen „Glauben oder seine Moral“ nehmen konnte. Der heilige Stuhl drang vergebens in die Mitglieder der „restaurirten“ englischen Hierarchie, dem von dem „geheueren“ Patenthum so tief gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, und erst nachdem etwas wie ein bestimmter Befehl von Rom ergangen, wurden die Prälaten zur Action angefeuert. Der Entschluß, eine englische katholische Universität zu gründen, wurde von ihnen in der Provinzialsynode, die vor einigen Wochen im St. Edmunds College, unweit Barm, Herefordshire, abgehalten wurde, gefaßt. Eine Eigenthümlichkeit in der Constitution der projectirten Universität ist, daß die 13 Prälaten alle auf völlig gleichem Fuße stehen werden und daß der Papst das wirkliche Haupt der Institution sein wird. Der erste Rector soll Monks-Capel sein, der in Gemeinschaft mit dem Senat und den Prälaten den Verwaltungsrath bilden wird, und es ist vielbezeichnend, daß eine beträchtliche Majorität der Mitglieder des Senats aus den, den Adel-, Berufs- und mercantilen Klassen angehörigen Laien bestehen wird. Ein wichtiger Bestandteil des Planes ist, daß die hiesigen römisch-katholischen Collegien und Seminare in England, darunter auch das Jesuiten-Collegium in Stonyhurst, Hochschulanstalten der neuen Universität werden sollen. Schottland, das, soweit Rom dabei beizutheilen ist, von „apostolischen Vicaren“ und nicht von einer regulären Hierarchie regiert wird, wird in der projectirten Universität nicht direct vertreten sein, da sie ausschließlich englisch sein soll, obwohl man sich der Hoffnung hingibt, daß ein großer Theil der gebildeten Jugend Frankreichs, Belgiens, Deutschlands und Polens und anderer continentalen Staaten sowie der Vereinigten Staaten dieselbe besuchen wird. Ferner ist beabsichtigt worden, daß die Universität nicht einem Mönchsloster oder geistlichen Seminar gleichen soll. Die Studenten werden, statt von der Gesellschaft gänzlich abgeschlossen zu sein, mit der Welt in Berührung gebracht und in Privathäusern unter der Leitung von Laien-Professoren inquirirt werden. Ob die Universität ihren Sitz in London oder in einer der größeren Provinzialstädte haben wird, ist noch nicht festgestellt.

[Cardinal Cullen] hat einen Hirtenbrief erlassen, in welchem die Gläubigen ermahnt werden, sich an dem nächsten Sonntag in sämmtlichen katholischen Kirchen Islands flammenden Sammlungen für die römisch-katholische Universität recht reichlich zu betheiligen. Er Gaining hebt in diesem Hirtenbrief in sehr dringender Weise die Nothwendigkeit hervor, die religiöse Erziehung aufrecht zu halten, und mißbilligt die zunehmende Gleichgültigkeit gegen Religion, die sich insbesondere in den Spalten einer „ärgelosen Presse“ kundgibt. Am Schlusse der Epistel erwähnt er die Katholiken Islands, für die Kirche Frankreichs zu beten, weil deren Reichthum nunmehr in den Händen eines jungen Kriegers in der Abkunft liegen.

[Aus Afrika.] Die neuesten Nachrichten Londoner Blätter von der Südseite bestätigen, daß die Aschanti's unter dem persönlichen Befehle ihres Königs im Anzuge auf Cape Coast Castle begriffen sind. Die erste Kunde davon brachte der junge König von Umu, der am 8. October mit 500 Kämpfern und Kriegeren, sowie einem gefangenen Aschanti-Hauptling von Kung zum Besuche des Capitain Glover in Accra eintraf, mit. Er theilte mit, daß König Kofi Calcutt an der Spitze einer sehr großen Armee auf Cape Coast Castle marschiere, in der Absicht, Sir Garnet Wolseley anzugreifen. Als der Aschantiherzog von der Absicht der Engländer, nach Kumasi vorzudringen, hörte, soll er erklärt haben, daß er ihnen die Mähe, so weit zu geben, erpären und ihnen auf halbem Wege begegnen wolle. Capitain Glover erachtete diese Nachricht für so wichtig, daß er den Dampfer „Soudon“ unverzüglich mit Depeschen für Sir Garnet Wolseley nach Cape Coast abschickte. Zwischen der letztgenannten auch aus anderen Quellen die Kunde vom Vordringen der Aschanti's erhalten und ist, wie verlautet, denselben bereits entgegenmarschirt. In England nehmen mittlerweile die Vorbereitungen für den Krieg ihren Fortgang. Der Schraubendampfer „Greyhound“ ist am Sonnabend mit Vorräthen von Wolle nach der Goldküste abgegangen, und der inzwischen vor dem Arsenal angekommenen Regierungsdampfer „Dromedary“ ist mit der Einschiffung einer großen Ladung Vorräthe und Kriegsmaterial für die Aschanti-Expedition eifrig beschäftigt. Auch werden die großen Truppenschiffe „Himalaya“ und „Tamar“ in Bereitschaft gehalten, um erforderlichenfalls ohne Verzug Truppen nach Cape Coast zu führen.

[Die Hungersnoth, welche einigen Theilen Indiens bevothetigt,] erregt, wie sich das denken läßt, hier das lebhafteste Interesse, und man folgt mit Spannung den Nachrichten, welche der Vicarönig, Lord Northbrook, und Sir George Campbell, Gouverneur von Bengalen, zu erlangen für nöthig halten. Sir Bartle Frere veröffentlicht heute einen an ihn

Meininger Bank. Bankactien 979. Continental. Staatsbahn. 1860er Loose. Salizier. Elisabethbahn. 222. Frankfurter Wechselbank. Deffner. Nationalbank. Darmstädter. Deutsch-Osterr. Bank. Frankf. Bank. 90%. Ungarische Loose. Fests.

Dresden, 13. November, Nachm. 2 Uhr. Credit 125%. Lombarden 93%. Silberrente 63%. Schaff. Credit 77. Schaff. Bank (alte) 142%. do. (junge) 136%. Leipziger Credit 145%. Dresdener Bank 89%. do. Wechselb. 72. do. Handelsbank 67. Schaffischer Bankverein 71. Deutscher Reichsbank 87%. Raubhammer. Fests.

Hamburg, 13. Novbr., Nachm. [Schluß-Course.] Hamb. Staats-Bank. Anleihe 104. Silberrente 63%. Deffner. Creditactien 190. do. 1860er Loose 89%. Nordwestbahn 422. Franzosen 698. Lombarden 359. Italienische Rente 57. Vereinsbank 120. Laurahütte 160. Commerzbank 93%. do. II. Em. Norddeutsche Bank 135. Provinz-Disconto-Bank. Anglo-deutsche Bank 56. do. neue 72. Dänische Landmannbank. Dortmunder Union 87. Wiener Unionbank. 64er Ruff. Bräm-Anleihe. 68er Ruff. Bräm-Anleihe. Amerikaner de 1882 93%. Köln-M.-St.-A. 143%. Rhein.-G.-St.-A. 135. Berg-Märkische 104%. Disconto 4% pEt. Animir.

Hamburg, 13. November. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco stiller, auf Termine ruhiger. Weizen pr. 125 Pf. pr. November pr. 1000 Rilo netto 234 1/2 Br., 233 1/2 Br., pr. November-Debr. pr. 1000 Rilo netto 234 1/2 Br., 233 1/2 Br., pr. April-Mai pr. 1000 Rilo netto 258 Br., 257 Br. Roggen pr. November 1000 Rilo netto 195 Br., 194 Br., pr. November-Debr. pr. 1000 Rilo netto 192 Br., 191 Br., pr. April-Mai 190 Br., 189 Br. Hafer fest. Gerste still. Rübsöl fest, loco 62, pr. Mai pr. 200 Pfund 65 1/2. Spiritus still, pr. November pr. 100 Liter 100 Procent 55, pr. November-Debr. pr. Januar-Febr. 52 1/2, pr. April-Mai 53. Kaffee fest, geringer Umsatz. Petroleum matt, Standard white loco 13, 50 Br., 13, 30 Br., pr. November 13, 30 Br., pr. November-Debr. 13, 40 Br. Weiter: Frost, schön.

Liverpool, 13. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stramm, Umsatz gefragt. Tagesimport 6000 Ballen, davon 3000 B. amerikanische, 3000 B. ägyptische.

Liverpool, 13. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 14,000 Ballen. Dabon für Speculation und Export 2000 Ballen. Weiter: Frost.

Middl. Orleans 8%, middl. amerikanische 8%, fair Dhollerab 5%, middl. fair Dhollerab 5, good middl. Dhollerab 4 1/2, middl. Dhollerab 4 1/2, fair Bengal 3 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 6 1/2, fair Madras 6, fair Pernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 9%. Glasgow, 13. November. [Kohleisen.] Mixed numbers warrants 107 Sp.

Bremen, 13. November. Petroleum. Standard white loco 14 Mart 25 Pf. bez.

Amsterdam, 13. Novbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. März 378, pr. Mai —. Roggen pr. März 244.

Antwerpen, 13. November, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, dänischer 37. Roggen matt, amerikanischer 29. Hafer behauptet, Königsberg 23 1/2. Gerste ruhig.

Antwerpen, 13. Novbr. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 36 1/2 bez. u. Br., pr. Novbr. 36 1/2 Br., pr. December 36 1/2 bez. u. Br., pr. Januar 37 1/2 Br., pr. Februar-März 37 Br. —. Rubidg.

Literarisches.

Die Römerfahrt der Epigonen. Roman von Gregor Samarow. Erster Band. Verlag von Otto Fante in Berlin. Der Verfasser des beliebten Romans „Um Scep er und Kronen“ führt uns in diesem neuen Werke, das in der „Deutschen Roman-Zeitung“ erscheint, auf die politischen Ereignisse zurück, welche als die Quelle jener großartigen weltgeschichtlichen Begebenheiten betrachtet werden müssen, durch die schließlich das kaiserliche Preußen an die Spitze Deutschlands gehoben wurde. Es war eine unglückliche Stunde für das Haus Habsburg als man in der Wiener Hofburg, noch erkrankt von den Niederlagen auf den italienischen Schlachtfeldern, den Entschluß faßte, die seit 1806 deponirte deutsche Kaiserkrone wieder herbeizuladen und in neuer Vergoldung durch die nach Frankfurt berufenen Fürsten dem Kaiser von Oesterreich anbieten zu lassen. Als Napoleon Nachricht von dem Plane Oesterreichs erhielt, die deutschen Fürsten nach Frankfurt zu berufen und dort mit einem Bundesreform-Entwurf zu überraschen, den sie selbst auf der Stelle berathen und annehmen sollten, rief er lachend aus: „Nein, die Sache ist zu toll, um nicht wahr zu sein; so etwas erfindet man nicht!“ und er bereitete sich vor, aus den Zornwüthen Deutschlands Vorbeile zu ziehen. Die Fahrt der deutschen Fürsten zu diesem Kaiser nach Frankfurt, auf dessen Hofe einst die Kurfürsten die Kaiser erwählten, ist es, welche Samarow in seinem neuen Roman schildert, und der erste nun vorliegende Band desselben schließt mit dem Einzuge der fürstlichen und gekrönten Häupter in die alte freie Reichsstadt am Main ab. Die Handlung baut sich zu diesem Momente in reicher Gliederung, die Spannung des Lesers steigend, auf, indem sie zugleich nach den verschiedensten Richtungen Perspektive eröffnet, welche uns die weitreichende Wirkung von dem unaussprechlichen Schicksal des Oesterreichs ahnen lassen. Daß der Verfasser äußerst genau mit den politischen Vorgängen vertraut ist, erfahren wir auch hier aus manchen bisher unbekannten Zügen. Die historischen Personen finden auch in diesem Roman mit derselben Meisterhaftigkeit wie in den trüben Geschichten. Man fühlt, daß Samarow nie nicht bloß aus dem Oathaischen Kalender kennt, und wenn wir auch nicht annehmen wollen und dürfen, daß jedes Wort, welches er ihnen in den Mund legt, wirklich von ihnen gesprochen worden sei, so erscheinen sie doch durchaus als der natu r nöthigende Ausdruck ihrer historisch getreuen Charactere. Wenn man von der verstorbenen Mithras sagen muß, sie habe es verstanden das Leben ihrer geschichtlichen Figuren homöopathisch bis auf ein Minimum zu verkleinern, so treten uns dieselben ungeheuer in dem Roman Samarows in voller, geläufiger Individualität entgegen, Dasselbe gilt auch von den frei erfundenen Characteren und liegt hierin, sowie in der reich und poetisch in den Epigonen sich entfaltenden Einbildungskraft ein entscheidender Fortschritt gegen die früheren Werke des Autors. Die größere Aufmerksamkeit, welche er diesmal dem spannenden und romantischen Theile zugewendet hat, empfiehlt „Die Römerfahrt der Epigonen“ auch solchen Lesern auf seine Weise, welche der Politik nur ein geringes Interesse zu schenken gewohnt sind.

Die Römerfahrt der Epigonen. Roman von George Hill. Zwei Bände. Berlin. Weidmann & Schöner. Diese Romane, welche nur höchst interessante Epigonen aus der Geschichte zum Vorschein haben, werden besonders von jenen Patrioten mit Freuden begrüßt werden, denn deutsche Treue, deutscher Muth, Liebe zum schönen Vaterlande finden hier Ruhm und Preis. Außer den sehr kleinen Erzählungen aus der früheren Geschichte Frankreichs und Deutschlands finden wir eine höchst anziehende, im Kriegejahre 1870—71 in selbsterzählender Weise, „Der Fächer von Woff“. Es ist zu bewundern, wie Hill in so schlichten Worten, wie diese kleine Romane ist, Charactere zu zeichnen, Nationalitäten zu zeichnen, Gebräuche und innere Schöden eines Landes aufzuzeigen, die Vorzüge und Schönheiten eines andern zu malen und sogar die feinen Intrigen eines Herrscherpaars — Louis Napoleon's und Eugenie's — zu entziffern vermag. „Auf der Felsbank von Bham“ giebt eine lebhaft Schilderung des Elends, welches die Gläubigen der armen Schwarzen, der Kämpfe zwischen den human und den rothgefeinten Wesen. Kurz, die „Slaven-Emancipation“ wird hier in der anziehenden Form einer Erzählung abgehandelt. Bei so mannigfachen Inhalt und so scharf so m muß dieses Werk jedem Leser Freude bereiten.

Die älteste illustrierte Zeitschrift, die „Illustrirte Welt“, Stuttgart, Verlag von Eduard Hallberger, welche in mehr als hunderttausend Exemplaren verbreitet ist und mit Recht sich des Rufes eines jeden Familienblattes erfreut, hat sich jüngst bei ihrem Eintritt in das dreißigjährige Jahr in überraschender Weise verjüngt, das heißt veredelt und vergrößert, ein Beweis, daß Redaction und Verleger sich nicht mit den großen Erfolgen einfach begnügen lassen, sondern beständig und in unermüdbar Weise darauf bedacht sind, dem Publikum immer Besseres, Schöneres und in reichlicherer Fülle zu bieten. Die „Illustrirte Welt“ erzieht fortan in größtem Soloformat, kann somit ihren Lesern größere und prächtigere Bilder geben und fast doppelt so viel Lesestoff bieten. Bilder und Jahrbild des Jahres gehören bislang schon zum Schönen, Gediegenen und Anziehenden, was der deutschen Leserschaft geboten wird: um wie viel mehr jetzt! Ein Bild in die ersten Hefen überzogen und davon: sie überraschen uns wirklich durch die Pracht ihrer äußeren Ausstattung, durch die großen, gut gewählten, von den ersten Zeichnern, den besten Holzschnitzern geliefert, fein und noch mehr, wenn wir uns hineinsehen, durch die unterhaltenden, spannenden Romane und Erzählungen, regen durch die belehrenden Artikel an, erheitern und zerstreuen durch das bunte Allerlei. Dazu bietet die Verlagshandlung noch als Prämie

einen großen Prachtstahlstich, ein Kunstblatt ersten Ranges, „Friederike“ von Selenhof von W. von Raulbach! Wir sprechen unsere feste Ueberzeugung aus, die „Illustrirte Welt“ muß sich in dieser neuen prächtigen Gestalt neue Freunde erwerben, und Freunde, die ihr so treu bleiben, wie die bisherigen.

Berliner Börse vom 13. November 1873.

Wechsel-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Amsterdam 250 Fl.	10 T. 6 1/2	Divid. pro 1871	1872
do. 100 Fl.	2 M. 6 1/2	Aachen-Mastricht	1871
Angsburg 100 Fl.	2 M. 6 1/2	Berg-Märkische	1871
Leipzig 300 Thlr.	8 T. 6 1/2	Berlin-Anhalt	1871
London 1 Lst.	3 M. 9	do. Dresden	1871
Paris 300 Frs.	10 T. 7	Berlin-Görlitz	1871
Petersburg 1000 R.	3 M. 7 1/2	Berlin-Hamburg	1871
Warschau 90 R.	8 T. 7 1/2	Berlin-Nordbahn	1871
Wien 150 Fl.	8 T. 5	Berl.-Post-Magd.	1871
do. 100 Fl.	2 M. 5	Berlin-Stettin	1871
		Böhm. Westbahn	1871
		Breslau-Freib.	1871
		do. neue	1871
		Cöln-Minden	1871
		do. neue	1871
		Cuxhav. Eisenbahn	1871
		Dachau-Bodenbach	1871
		Gal. Carl-Ludw.	1871
		Halle-Sorau-Gub.	1871
		Hannover-Altenb.	1871
		Kaschau-Oderberg	1871
		Kronpr. Rudolphs.	1871
		Ludwigsh.-Bexb.	1871
		Märk.-Posener	1871
		Magdeb.-Halberst.	1871
		Magdeb.-Leipzig.	1871
		do. Lit. B.	1871
		Mainz-Ludwigshaf.	1871
		Niederrhein-Märk.	1871
		Obereschl. A. u. C.	1871
		do. B.	1871
		do.	1871
		Oester. Fr.-St.-B.	1871
		Oester. Nordwestb.	1871
		Oester. südl. St.-B.	1871
		Ostpreuss. Südbahn	1871
		Rechte O.-U.-Bahn	1871
		Reichenberg-Pard.	1871
		Rheinische . . .	1871
		Rhein-Nahe-Bahn	1871
		Rhein. Eisenbahn	1871
		Schweiz. Westbahn	1871
		Schwab.-Posener	1871
		Thüringer . . .	1871
		Warschau-Wien.	1871

Fonds und Geld-Course.	
Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2
Staats-Anl. 4 1/2 pEt.	4 1/2
do. consolid.	101 1/2
do. 4 1/2 pEt.	98 1/2
Staats-Schuldenscheine	92 1/2
Präm.-Anleihe v. 1865	118 1/2
Berliner Stadt-Obli.	101 1/2
do.	101 1/2
Pommersche	81 1/2
Posensche	90 1/2
Schlesische	81 1/2
Kur-u. Neumark.	95 1/2
Pommersche	95 1/2
Posensche	94 1/2
Preussische	95 1/2
Westfäl. u. Rhein.	96 1/2
Sächsische	98 1/2
Schlesische	95 1/2
Badische Präm.-Anl.	109 1/2
Badische 4 1/2 pEt.	112 1/2
Cöln-Mind.-Präm.ansh.	92 1/2
Kurh. 40 Thlr.-Loose	70 B.
Badische 35 Fl.-Loose	38 1/2 B.
Braunsch. Präm.-Anl.	21 Bz.
Oldenburg. Loose	37 1/2 G.
Louisdor 110% G.	Dollars 1.11 1/2 G.
Sovereigns 6.23 pEt.	Frmd. Bkn. 99 1/2 Bz.
Napoleons 5.10% G.	Oest. Bkn. 87 1/2 Bz.
Imperial 5.15% G.	Russ. Bkn. 81 1/2 Bz.

Hypotheken-Certificate.	
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	5
Unkünd. do. (1872)	5
do. rückbz. a 110	101 1/2
do. do.	104 1/2
Unk. H. d. Pr.-Bod.-Cr.	93 G.
do. III. Em. do.	90 1/2 Bz. G.
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	101 1/2
Hyp. Anth. Nord-G. C. B.	101 1/2
Pomm. Hypoth.-Briefe	92 1/2
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	104 1/2
do. do. II. Em.	103 B.
Meininger Präm.-Pfd.	89 1/2 B.
Oest. Silberpfandbr.	5
do. Hyp. Ord.-Pfd.	5 1/2
Unkünd. Pfd. d. Pr.-Hyp.-B.	100 Bz. G.
Pfd. d. Oest. Bd.-Cr. G.	5
Südd. Bod.-Cr.-Pfd.	101 Bz.
Wiener Silberpfandbr.	5 1/2

Ausländische Fonds.	
Oest. Silberrente . . .	41 1/2
do. Papierrente . . .	41 1/2
do. Lott.-Anl. v. 60	58 1/2
do. Lott.-Anl. v. 60	58 1/2
do. Credit-Loose . . .	104 1/2
do. 64er Loose . . .	83 1/2
Russ. Präm.-Anl. v. 64	122 1/2
do. do. 1866	129 1/2
do. Bod.-Cr.-Pfd.	87 1/2
Russ.-Pol. Schatz.-Obl.	79 G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	75 B.
Poln. Lott.-Pfd. d. B.	63 1/2
Amerik. 6 1/2 pEt. 1882	95 1/2
do. do. p. 1886	97 1/2
do. 50% Anleihe . .	87 1/2
Fransösische Rente .	57 1/2
Ital. neue 50% Anleihe	90 1/2
Ital. Tabak-Oblig.	90 1/2
Raab-Grazer 100 Thlr.	75 B.
Rumänische Anleihe .	44 1/2
Türkische Anleihe . .	68 1/2
Ung. 50% St.-Eisenb.-Anl.	68 1/2
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	9 1/2 Bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.	
Berg-Märk. Serie II.	101 1/2
do. III. v. St. 3 1/2	83 1/2
do. do. VI.	98 1/2
do. Nordbahn	102 1/2
Berlin-Görlitz . . .	103 1/2
do.	99 G.
Breslau-Freib. Litt. D.	99 B.
do. do. G.	99 B.
do. do. H.	99 B.
Cöln-Minden . . .	100 1/2
do.	100 1/2
do.	100 1/2
Halle-Sorau-Guben	100 1/2
Hannover-Altenbeken	101 1/2
Märkisch-Posener . .	93 G.
Niederrhein-Märkische	93 G.
do. do. III.	92 1/2
do. do. IV.	92 1/2
do. C.	92 1/2
do. D.	92 1/2
do. E.	92 1/2
do. F.	92 1/2
do. G.	92 1/2
do. H.	92 1/2
do. I.	92 1/2
do. Brig.-Neisee . .	91 1/2
Cosel-Oderb. (Wihl.)	91 1/2
do.	91 1/2
do.	91 1/2
do. Stargard-Posen	91 1/2
do. do. II. Em.	91 1/2
do. do. III. Em.	91 1/2
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	91 1/2
Ostpreuss. Südbahn	91 1/2
Reiche-Oderb.-Anl.	91 1/2
Schlesw. Eisenbahn .	91 1/2

Bank- und Industrie-Papiere.	
Anglo-Deutsche Bk.	7 1/2
Alte Nat.-Handl.-Bk.	9 1/2
Berliner Bank	15
Berl. Bankverein	16
Berl. Kass.-Ver.	12 1/2
Berl. Handels-Ges.	12 1/2
Berl. Makler-Bank	25 1/2
Berl. Prod.-Makl. B.	8 1/2
Berl. Wechselb. Bk.	12 1/2
Braunsch. Bank	8 1/2
Bresl. Disc.-Bank	8 1/2
Friedenthal u. Co.	13
Bresl. Handels-Ges.	4
Bresl. Maklerbank	30
Bresl. Mkl.-Ver.-B.	4 1/2
Er. Pr.-Wechsel-B.	12
Bresl. Wechselb. Bk.	12
Centrab. f. Genos.	12
Coburg. Cred.-Bk.	10 1/2
Danziger Priv.-Bk.	7
Darmst. Creditb.	15
Darmst. Zettelbank	8
Deutscher Bank	8
Deutsche Unionb.	11 1/2
Disc.-Com.-A. . . .	24
Genfer Bank G.	4 1/2
Genossenschaftsbk.	10 1/2
do. junge	10 1/2
Gwb. Schuster u. C.	10 1/2
Görlitzer Vereinsb.	10
Goth. Grundcred. Bk.	9
Hamb. Nordb. Bk.	12 1/2
do. Vereins-B.	11 1/2
Hainov. do.	6 1/2
do. Disc.-Bk.	5
Hessische Bank . .	6 1/2
Königsb. do.	11
Landesb. f. Kredit	14
Leipz. Credit-Bank	11
Luxemburger do.	15
Magdeburger do.	12
Meininger do.	5 1/2
Moldauer Lds. Bk.	12
Ndrschl. Cassenver.	12
Nord. Grundcred. B.	13 1/2
Oberlausitzer Bank	10 1/2
Oest. Credit-Actien	18 1/2
Ostdeutsche Bank	17 1/2
Ost. Product.-Bk.	8 1/2
Posener Bank . . .	6 1/2
Pos. Pr.-Wechsel-B.	8
Preuss. Bank-Act.	12 1/2
Pr.-Bod.-Cr.-Act.	15
Pr. Centr.-Bod.-Cr.	9 1/2
Pr. Credit-Anstalt	9 1/2
Prov.-Wechsel-Bk.	7 1/2
Sachs. B. 600/0 I. S.	10
Sachs. Credit-Bank	11
Schles. Bank-Vere.	12
Schl. Centralbank	12
Schl. Vereinsbank	9
Thüringer Bank	9
Ver.-Bk. Quistorp	15
Weimar. Bank	7
Wiener Unionbank	16 1/2
Berl. Eisenb.-Bd. A.	11 1/2
Mark. Schl. Masch. G.	0
Nord. Papierfabr.	8 1/2
Westend. Comm. G.	16
Pr. Hyp.-Vers. Act.	12
Schl. Feuervers.	20
Donnersmarkthaus	12 1/2
Königs-u. Launh.	29
Launhammer . . .	7
Marienhütte . . .	14
Minerva	0
Moritzbütte . . .	0
O. Schl. Eisenwerke	11
Reichenhütte . . .	10
Schl. Kohnenw.	9
Schles. Zink-Act.	6
St.-Pr.-Act.	8
Tarn-witz. Bergb.	9
Vorwärtsbütte . .	8
Baltischer Lloyd	10
Bresl. Bierbrauerei	7
Bresl. E. Wagenbau	7 1/2
do. ver. Oeffenb.	0
Erhm. Spinnerei	0
Georg. Ziegl.-Bk.	0
Hofm. u. Wag. Fab.	0
Oberschl. Eisenb.	6
Schl. Leinsindust.	10
S. Act.-Br. (Scholz)	9
do. Porzellan	7
Schl. Tuchfabrik	11
do. Wagenb.-Anst.	9
Schl. Wollw.-Fabr.	10

Bank-Discont.	
Bank-Discont.	5 pr. Ct.
Lombard-Zinsfuß	6 pr. Ct.

Telegraphische Depeschen.	
(Aus Wols Telegr. Bureau.)	
Karlruhe, 13. November. Der Landtag ist auf den 20. d. einberufen. Vom Großherzog sind zu Mitgliedern der ersten Kammer ernannt: Oberhofrichter Oskier, Hofgerichtspräsident Hildebrandt, Verwaltungsdirector Fests, Geheimrath Muth, Hofgerichtsdirector	

Hillern, Buchdruckerelbesitzer Maltz, Fabrikant Dennig, Kaufmann Hummel. Zum Präsidenten ist Oskier, zum ersten und zweiten Vicepräsidenten Gayling und Müdt ernannt.

Peß, 13. November. Dem „Pester Lloyd“ zufolge wäre die Angelegenheit der Nationalbank zwischen der Bankdirection und den Ministern beider Reichshälften im Allgemeinen geordnet. Neben einem gemeinschaftlichen Gouverneur würde in jeder Reichshälfte ein besonderer Vice-Gouverneur fungieren.

Paris, 13. November. Die zur Berathung des Antrags Chancern eingesetzte Fünfzehner-Commission hat heute diejenigen Deputirten, die Amendements gestellt haben, gehört und sich dann bis Sonnabend vertagt, wo der Bericht verlesen und wahrscheinlich noch in der öffentlichen Sitzung der Nationalversammlung von demselben Tage vorgelegt werden soll. Der Ministerrath war heute Morgen zu einer Sitzung zusammengetreten. Dem „Franca“ zufolge hergezu zwischen der Regierung und der Minorität der Commission fortwährend das vollste Einvernehmen und würde am dem Zeitraum von 10 Jahren für Verlängerung der Gewalt des Marshall Mac-Mahon unerlässlich festgehalten.

Brüssel, 13. November. Eine Privatdepesche der „Independance“ meldet aus Sebastian: Loma rüde in Loloja ein, nachdem er die Streikkräfte Ezarragas hinausgeworfen. Moriones ist im Anmarsch auf Stella.

Konstantinopel, 12. November. In der heutigen Sitzung der Suez-Kanalcommission wurde darüber abgestimmt, welche Abzüge bei der Bestimmung des Nettotonnagebals der Segelschiffe zu machen seien, und die Berechnung des Nettotonnagebals, nach der gegenwärtig in England üblichen Methode angenommen. Am nächsten Sonnabend soll über die Berechnung des Nettotonnagebals der Dampfschiffe und am darauf folgenden Dinstag die Suezkanalfage beraten werden.

Belgrad, 13. November. Der Unterrichtsminister Christits bleibt sich in besonderer Mission nach Konstantinopel. Der serbische Geschäftsträger in Bukarest Zukits ist zum Staatsrath ernannt worden.

Newyork, 13. Nov